Friede ist eine Aufgabe aller Politikbereiche

Autor(en): **Münger, Hans Jürg**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **43 (1996)**

Heft 6

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-368773

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die 5. Gerzensee-Tagung der ZGV stand unter dem Titel «Durch Sicherheit zum Frieden»

Friede ist eine Aufgabe aller Politikbereiche

JM. Welche Bedeutung kommt der Entwicklungspolitik und der Mitwirkung in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Rahmen der schweizerischen Sicherheitspolitik zu? Mit dieser Frage beschäftigten sich Frauen aus Politik, Verwaltung und Frauenorganisationen an der 5. Gerzensee-Tagung der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) am 6. Mai 1996.

Die Teilnehmerinnen (und die wenigen Teilnehmer) an der Tagung waren sich einig, dass die Entwicklungszusammenarbeit und die verschiedenen Bereiche der OSZE (Sicherheit, Wirtschaft, Menschenrechte) zentrale Elemente der Friedenspolitik darstellen. Breite Übereinstimmung herrschte auch darin, dass für einen dauerhaften Frieden alle Instrumente der Sicherheitspolitik von der Aussenpolitik bis zur Militärpolitik eng zusammenwirken müssen.

Dr. Christina Bürgi vom OSZE-Dienst des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) befasste sich mit den Möglichkeiten und Grenzen der OSZE, die dieses Jahr unter Schweizer Vorsitz steht. Durch das seit 1994 in der OSZE diskutierte Sicherheitsmodell für Europa im 21. Jahrhundert, das nicht nur militärische, sondern auch soziale und ökonomische Faktoren enthält, sei die OSZE langfristig die entscheidende Sicherheitsorganisation. Sie könnte nach Meinung der Diplomatin sogar die Nato überflüssig machen, deren Osterweiterung mit zahlreichen Problemen belastet sei. Als Hauptgrund für diese positive Beurteilung nannte die Referentin die Tatsache, dass nur dieses Modell die Möglichkeit biete, Russland einzubinden. Die Stärke der OSZE liege im präventiven Bereich, der stark auszubauen sei. Ein besonderes Anliegen der OSZE seien die Rechte der Minderheiten.

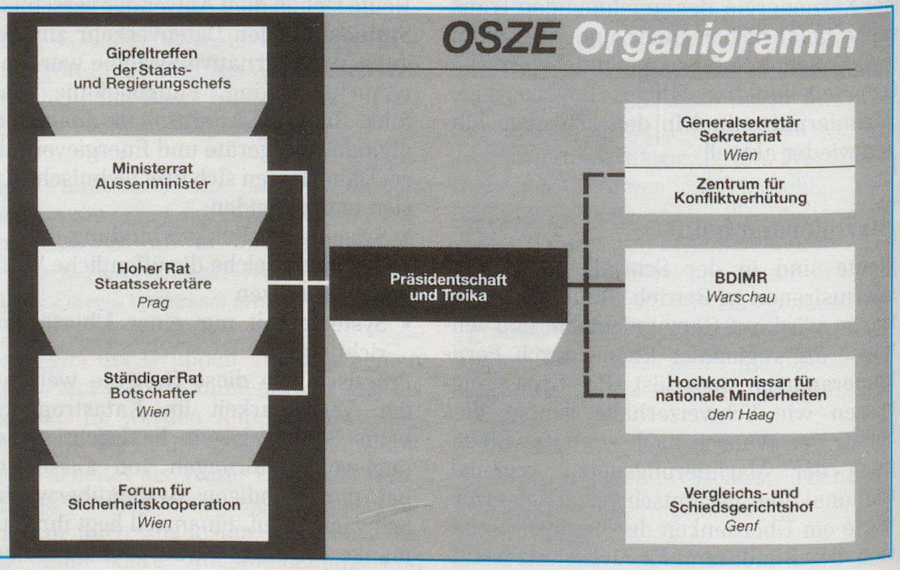
Dr. Andri Bisaz von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit des EDA beleuchtete die sicherheits- und friedensfördernde Funktion der Entwicklungszusammenarbeit. Der Beitrag der Entwicklungspolitik zur Sicherheitspolitik bestehe vor allem darin, dass sie die Wahrscheinlichkeit gewaltsamer Konflikte verringert, indem sie freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse fördert, die Lebensbedingungen verbessert, die soziale Gerechtigkeit erhöht, die Umwelt schützt und damit die politische Stabilität stärkt. Ausgehend vom Nord-Süd-Bericht des Bundesrates von 1994 forderte er eine bessere Koordination zwischen der Entwicklungspolitik und den diplomatischen und militärischen Mitteln der Sicherheitspolitik sowie eine grössere Kohärenz der schweizerischen Politik, die alle Politikbereiche (Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik, Migrationspolitik usw.) miteinander verknüpft und Widersprüche zwischen kurzfristigen nationalen Eigeninteressen und den Zielen der Entwicklungspolitik sichtbar macht. Leider seien ethische Argumente immer noch oft schwächer als materielle Argumente.

In fünf Arbeitsgruppen unter Leitung von Rahel Bösch, Bosnien-Informationsstelle, Dr. Tildy Hanhart, HEKS, Verena Doelker, Schweizer Fernsehen, Annamaria Minder, CVP Schweiz, und Marie-Benedikte Erni, OSZE-Mission in Mostar, vertieften die Teilnehmerinnen die innen- und aussenpolitischen Aspekte der Thematik.

In der Diskussion unter Leitung der Soziologin Prof. Dr. Ruth Meyer Schweizer, Präsidentin des Ausschusses Frau und Gesamtverteidigung, wurde nochmals betont, zur Friedensvorsorge und -erhaltung sei ein Zusammenspiel aller Politikbereiche unerlässlich. Brigadier Johanna Hurni schlug eine «Friedensverträglichkeitsprüfung» für alle Handlungen der Gemeinschaft und des einzelnen vor.

Wiederholt wurde auf die Rolle der Information als Prävention hingewiesen. Eine Erhöhung der sozialen Kompetenz, insbesondere eine Stärkung des Bewusstseins für aussenpolitische Zusammenhänge sei dringend nötig. Verena Doelker wies als Delegierte für Bildung des Schweizer Fernsehens auf die Möglichkeiten des vernetzten Europa und die Notwendigkeit einer umfassenden Friedenserziehung durch alle alten und neuen Medien hin. Möglichst viele Menschen sollten Zugang zu den Informationen erhalten («Access für alle»).

In ihrem Schlusswort appellierte Ruth Meyer Schweizer an die Verantwortung jedes einzelnen und im besonderen der Frauen. Die internationale Zusammenarbeit sei so gross geworden, dass wir alle eine Verantwortung nicht nur nach innen, sondern auch nach aussen haben.

OSZE

Ursprünglich als eine Folge von Konferenzen, Expertentreffen und Seminaren geschaffen, konstituierte sich die KSZE erst nach den Ende des kalten Krieges mit der Charta von Paris (1990) als eine feste Institution. Da sich diese in der Folge als zu schwach erwies, um die neuen Herausforderungen in Europa zu bewältigen, wurden ihre Strukturen seither merklich verstärkt. Am Gipfeltreffen in Budapest (1994) beschlossen die Staats- und Regierungschefs eine weitere Verstärkung der KSZE, die auch in der seit dem 1. Januar 1995 gültigen Neubezeichnung «Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» (OSZE) zum Ausdruck kommt.